

Bezugspreis: Vierteljahr 1.50 RM., monatlich 0.40 RM., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Wochennummern 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postbezug: Romantisch 1.50 RM. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. monatlich. Postbestellungen nehmen an: Danemark, Holland, Dänemark, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Erscheint täglich. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 17. September 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Rußland zur Republik erklärt!

Bildung des neuen Kriegskabinetts.

Petersburg, 16. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Durch eine Bekanntmachung der vorläufigen Regierung wird in Rußland die Republik erklärt.

Amsterdam, 16. September. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg, es verlautete, daß nach langen Verhandlungen ein Kriegskabinet mit folgenden fünf Ministern gebildet worden sei: Ministerpräsident Kerenski, Kriegsminister General Verchowski, Marineminister Admiral Berderewski, Minister des Innern Tereschtschenko und Minister für Post und Telegraphen Nikitin.

Petersburg, 16. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, ist beschlossen worden, für die Fragen der Regierung und der Verteidigung die Macht zeitweilig in den Händen einiger Personen zu vereinigen, die zur vorläufigen Regierung gehören.

Die Revolte Kornilows hat eine doppelte Wirkung auf die innerrussischen Verhältnisse ausgeübt: Sie hat die provisorische Regierung veranlaßt, endlich offiziell die Republik in Rußland zu verkünden und — gleichzeitig die Fäden der Diktatur noch straffer anzuziehen. Das neue Kriegskabinet bedeutet einen diktatorischen Ausschuss ausgedrängter Art, in dem Kerenski mit zwei hohen Militärs, dem bürgerlich-imperialistischen Kadetten Tereschtschenko und dem ziemlich unbedeutenden Nikitin unumschränkt herrscht, während die sozialistischen Elemente von ihm ausgeschlossen sind — weder Tereschtschenko noch Scheidte noch Sobolew noch sonst einer der bekannten Arbeiterführer gehören dem Kriegskabinet an. Gleichzeitig hat Kerenski in seiner Person die höchste zivile mit der höchsten militärischen Gewalt vereinigt, er hat Kornilows erledigte Stelle als Oberbefehlshaber der Armee — obwohl militärischer Laie — mit übernommen. So ist seine Diktatur jetzt formell vollkommen. Wie der Sowjet diese Wendung der Dinge hinnehmen wird, bleibt abzuwarten. Zwar hat das Scheitern des Kornilowschen Putsches für einen Moment die Bedeutung des Arbeiter- und Soldatenrats in den Vordergrund gestellt, aber die innere Uneinigkeit der Maximalisten und Minimalisten scheint jede Aktionsfähigkeit dieser Körperschaft stark zu beeinträchtigen. So hat der Sowjet in verschiedener Beziehung erst die maximalistische Entschliebung angenommen, welche den Kompromiß mit jeder bürgerlichen Partei verwirft und die Diktatur des Proletariats fordert, um sie gleich darauf zugunsten der minimalistischen Entschliebung wieder umzustossen, in der bloß Kompromisse mit den konterrevolutionären bürgerlichen Parteien verworfen werden und im übrigen die Unterstützung der jetzigen Regierung gefordert wird.

Oberbefehlshaber Kerenski.

Petersburg, 15. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Oberbefehlshaber Kerenski hat einen Tagesbefehl an Heer und Flotte erlassen, in dem er darauf hinweist, daß der Aufruhr Kornilows das normale Leben an der Front desorganisiert habe, und u. a. bestimmt:

1. Jeder politische Kampf in der Armee soll aufhören und durch alle Mittel soll die Wiederherstellung ihrer Kampffähigkeit erstrebt werden.
 2. Die Truppentransporte sollen nach dem Befehl des Oberkommandos wieder aufgenommen werden.
 3. Die Verhaftungen der Führer sollen unterbleiben, zu denen nur Gericht und Staatsanwaltschaft ein Recht hätten.
 4. Kommandanten dürfen nicht abgesetzt werden.
- Der Tagesbefehl schließt mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß die Armee, die in den Tagen der Unruhe Treue und volles Vertrauen zur vorläufigen Regierung bekundet habe, dessen eingedenk sein werde, daß das Vaterland nur durch Wiederherstellung der Disziplin in der Armee und durch eine Vereinigung aller seiner Glieder gerettet werden könne.

Petersburg, 15. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die politische Abteilung des Kriegsministeriums hat eine Verordnung betreffend die militärischen Kommissare und Organisationen in der Armee veröffentlicht. Danach sind die militärischen Kommissare Organe der

Englische Angriffe an der Straße Menin-lyern und südöstlich Arras. — Im Osten Ruhe — Neue italienische Offensive auf der Hochfläche von Bainizza.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 16. September 1917. S. T. B.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Front wechselte die Feuerartigkeit in Ausdehnung und Stärke. Vornehmlich an der Straße Menin-lyern lagen heftige Feuerwellen auf unserer Kampflinie. Dort griffen mehrere englische Bataillone an, deren Ansturm fast durchweg verlustreich zusammenbrach. Nördlich der Straße drang der Feind in unseren vordersten Graben in Kompagniebreite ein.

Südöstlich von Arras steigerte sich nachmittags das feindliche Feuer schlagartig zu härtester Wirkung. In künstlichem Nebel brachen kurz darauf die Engländer in 1500 Meter Breite bei Oherish vor. Flammenwerfer und Panzerwagen sollten den Sturmtruppen den Weg bahnen. Unsere kräftig einsetzende Abwehr durch Artillerie und Maschinengewehre brachte den feindlichen Stoß zum Scheitern. Wo der Gegner in unsere Gräben gelangte, wurde er durch die Infanterie im Nahkampf zurückgeworfen.

An der gleichen Stelle wiederholte der Feind seinen Angriff kurz vor Dunkelheit; auch diesmal schlug sein Sturm verlustreich fehl.

Deeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Außer Erkundungsgeschehen und zeitweilig lebhaftem Störungsfeuer in einigen Abschnitten war die Kampftätigkeit gering.

Auf dem

Ostlichen Kriegsschauplatz

und an der

Mazedonischen Front

keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 16. September 1917, abends. In Flandern an- und abshwellige Feuerartigkeit mit vereinzelten Infanteriekämpfen. Sonst nichts Wesentliches.

Der österreichische Bericht.

Wien, 16. September. Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Nichts Besonderes zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Südlich von Selo am Isonzo wurden italienische Vorstöße vereitelt.

Im Südschnitt der Hochfläche von Bainizza-Heiligen-geurt nahm der Feind seine Verluste, unsere Stellungen zu durchbrechen, erneuert auf. Unsere Truppen, befehlen in erlitterten Nahkämpfen die Oberhand. Die Italiener wurden geworfen.

Bei Görz und auf der Karsthochfläche Artilleriekampf.

Der Chef des Generalstabes.

vorläufigen Regierung, und ihre Aufgabe ist die Befestigung der Macht in der Armee auf demokratischer und revolutionärer Grundlage. Es wird ein oberster Kommissar für alle Armeen mit dem Sitz im Hauptquartier und besondere Kommissare für die verschiedenen militärischen Einheiten eingesetzt. Was die militärischen Organisationen betrifft, die das ganze politische Leben ihrer militärischen Einheiten leiten werden, so wird auf sie der Grundsatz des allgemeinen Wahlrechts Anwendung finden.

Petersburg, 15. September. „Wirschewija Wjedomosti“ schreibt, für die Vereinigung des höchsten Oberbefehls und der höchsten Staatsleitung in einer Person sei die Ermäßigung maßgebend gewesen, daß das Vertrauen der Soldaten zum Oberbefehl wiedergewonnen und eine Wiederholung des Falles Kornilow ein für alle Mal unmöglich gemacht werden müsse.

Nach den linksstehenden Zeitungen, z. B. „Kowoja Schin“, sieht es aus, als ob die Kadetten lebhaft wünschten, in der Regierung vertreten zu sein, hierbei aber auf bestimmten Widerstand von links stießen.

Serbien und Italien.

Von Hermann Wendel.

Wer die Entente nach den bei ihren Festmahlen ausgetauschten Trinksprüchen beurteilt, muß sie für eine festgefügte Einheit halten, aber den Wurm in ihrem Holz entdeckt, wer sich statt an die glatten Medusenarten an die rauhen Latschen hält. Gleiche Kappen bedeuten hier wahrhaftig nicht gleiche Brüder. Die Vereinigten Staaten untercheiden sich in ihren Kriegsziele nicht unerheblich von ihren europäischen Bundesgenossen; zwischen dem revolutionären Rußland und den Westmächten klappt ein nur schlecht verhüllter Zwiespalt; England und Frankreich vertragen sich viel schlechter als der äußere Schein verrät. Nirgends aber ziehen zwei Ententestaaten so sehr an den entgegengesetzten Enden ein und desselben Seiles wie Serbien und Italien.

Um Länder und Völker handelt es sich dabei von sehr verschiedener wirtschaftlicher und politischer Entwicklungsstufe. Die Italiener haben ungefähr zur selben Zeit wie die Deutschen ihren Kampf um die nationale Einheit mit Erfolg abgeschlossen, denn was im Trentino und in Triest noch an Volksgenossen im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie lebt, sind abgesprengte Splitterchen, die für ein vierzigmillionenstarkes Volk ernstlich nicht in Betracht kommen können. Außerdem hätte Italien sie sich im Vorfrühling 1915, als es mit Oesterreich um den Preis seiner früheren Neutralität markierte, in ihrer überwiegenden Mehrheit durch friedliche Vereinbarung angeschlossen können. Jhrezeitwegen hat Italien wahrhaftig nicht das Schwert gezogen, sondern im Rücken dieser „lateinischen Schweizer“ Frankreichs brennt seit langem schon das verzehrende Feuer eines schrankenlosen Imperialismus. Nicht als ob der italienische Kapitalismus so entwickelt wäre, daß ihm der innere Markt zu eng würde und er in der Fremde nach Absatzgelegenheiten für seine Waren suchen müßte, ganz im Gegenteil, sondern es ist mehr ein ideologischer, ein reiner Machtimperialismus, der die Nachkommen der römischen Welt Eroberer hegt, für ihren Teil Welt Eroberungspolitik zu treiben. Lunesein, Abessinien, Albanien — so Viehen drei Sehnachtsziele des italienischen Imperialismus, aber Cäsar und sein Glück war nicht bei diesen Plänen. In Lunesein schlug Frankreich den Italienern die Lüre vor der Nase zu, in Abessinien besorgten die Landes-einwohner selbst den Simaustwurf, über Albanien konnte man sich mit Oesterreich-Ungarn nicht verständigen. So schluckte man 1911 als Notbehelf Tripolitanien.

Aber jetzt ist große Verkeigerung angefangen auf Erden, und da will der italienische Imperialismus ganz gewiß nicht zu kurz kommen: Kroatien, Gradiska, Istrien, Dalmatien, Kroatien, Albanien, den Epirus und die griechische Inselwelt — nicht weniger denkt der Geißhunger der italienischen Imperialisten zu verzeihen, und es kommt ihnen gar nicht darauf an, die Mittelmeerherrschaft als Vorstufe zur Welt Herrschaft zu betrachten und ihr Auge bordenhand auf Anadolien und Yemen zu werfen; das weitere kommt von selber nach. Wenn aber gleichwohl auch die italienischen Blätter die Schlagworte von den Rechten und Freiheiten der kleinen Völker nachplappern, gleichen sie darin wenigstens den alten Römern, von deren Eroberungsdrang einer, der es wissen muß, Guglielmo Ferrero in „Größe und Niedergang Roms“ sagt: „Schöne Worte suchten dieser Politik bald den Anschein eines hochherzigen Idealismus zu geben: Rom kämpfte nicht für sich, sondern um den unterdrückten Völkern die Freiheit zu geben.“ Damals wie heute! Hochherziger Idealismus in schönen Worten, koltsblütiger Egoismus in Werken und Taten!

Davon kann Serbien ein Lied singen. Den Serben ist das tragische Los zugefallen, daß sie zu spät auf die Welt gekommen oder vielmehr zu spät aus dem Schlummer der „geächteten Nationen“ erwacht sind, um ihre nationale Einheit, auf die jedes Volk ein Recht hat, ohne gewaltige Widerstände und ungeheure Opfer zu erreichen. So wenig wir den auf Verschmelterung Oesterreich-Ungarns ausgehenden Plänen Geschmach abgewinnen können, so sehr müssen wir Deutschen das Freiheits- und Einheitsstreben der Serben aus unserer Geschichte verstehen lernen. Unsere eigene Vergangenheit spiegelt sich in der serbischen Geschichte der letzten Jahrzehnte: alles, die unklare Schwärmerei der Purischnichschi, die vorbereitende Arbeit des Liberalismus und der Demokratie, Blut und Eisen als Mittel der Einigung, all das findet sich auch bei den Serben wieder, nur daß ihr Mühen weniger von Erfolg gekrönt war als das der Deutschen. Sie haben in Belgrad recht, wenn sie, was an Südländern jenseits der Donau, Drina und Save lebt, als ihre Brüder bezeichnen: die Bewohner des Königreichs Serbien und die der österreichisch-ungarischen Gebiete Bosnien, Herzegowina, Kroatien, Slavonien, Dalmatien und Banat sind ein und dasselbe Volk, durch die gleiche

Sprache verbindet, getrennt nur durch künstliche Gegensätze! Aber ihre gewalttätige Vereinigung entspricht nicht den Lebensinteressen der Donaumonarchie, die zudem heute weit fester gefügt ist als damals, da Italiener und Deutsche auf ihre Kosten die nationale Einheit erstritten. So wird der Frieden eine Lösung der mittleren Linie bringen müssen, die ebenföhr den Lebensbedürfnissen der Südslawen wie den Notwendigkeiten des heutigen Doppel- und künftigen Dreifalts an der Donau entspricht.

Aber Oesterreich-Ungarn hat in den letzten Jahren die serbischen Politiker weit weniger in Höhe gebracht als Italien. Für Oesterreich-Ungarn wurde ja schon der Leichenschaum gerichtet. Oesterreich-Ungarn war der Feind, Oesterreich-Ungarn galt als erledigt; aber Italien schien quacksilber lebendig. Italien war Bundesgenosse und Italien streckte die Hand nach der „rechtmäßigen“ Beute Serbiens aus. Denn die österreichische Kroatien samt ihrem Hinterland, auf die Blätter wie „Secolo“ und „Idea Nazionale“ mit edler Dreistigkeit Anspruch erheben, ist von Südslawen bewohnt und mit Italienern nur gesprenkelt! Die Erbitterung in Serbien war denn nicht gering, als die Erkenntnis allgemein wurde, daß auch mit dem vollkommenen Sieg der Entente über den Vierbund, dank der Habgier Italiens, die belgrader Träume noch sehr weit von ihrer Verwirklichung entfernt seien, und nichts war mehr geeignet, den Brandstifter, den die Entente um ihre Kriegsziele hüllt, zu zerreiben, als der leidenschaftliche Streit, der die Spalten der serbischen und italienischen Presse seit Monaten und Wochen füllt. — Die serbischen Blätter weisen darauf hin, daß sich in Dalmatien die Zahl der Italiener zu der der Südslawen wie eins zu dreißig verhalte, beriefen sich schüchtern auf das Nationalitätenprinzip und erimmerten demütig daran, daß die Einigung der Italiener unter Mazzini und Garibaldi im selben Zeichen gefanden habe wie jetzt die Bestrebungen der Serben. Aber die Vorkämpfer des italienischen Imperialismus blieben kühl bis ans Herz. Wenn sie sich auf eine sachliche Erörterung überhaupt einließen, behaupteten sie, die Kultur- und Zivilisationseinflüsse in Dalmatien und Anland seien rein italienischer Herkunft, die Slawisierung dieser Gebietsstriche habe Oesterreich künstlich auf Kosten der Italiener gefördert, und was dergleichen verlegener und verlogener Ausreden mehr sind. Im allgemeinen aber beschränken sie sich auf die unrichtige Erklärung, in der Theorie sei das Nationalitätenprinzip ja ganz schön, aber hier handle es sich um die Praxis, und da könne Italien die östliche Adriaküste auf keinen Fall in anderen Händen als die seinen lassen.

Die Serben wandten ihre Miße hilfsehend zu den „großen Brüdern“ in der Entente; aber weder in London noch in Paris noch in Petersburg war die Reizung sonderlich groß, es woggen Serbiens mit Italien zu verschütten. Ein Bundesgenosse wird nach den Leistungen eingeschätzt, die man noch von ihm erwartet, und nicht nach den Opfern, die er schon gebracht hat, und da werden wohl die Reste des serbischen Heeres als Kononensfutter an der Salonikifront verbraucht; aber Italien hat, an sich weit größer und stärker und dazu vom Kriege weniger zerpflückt, ungleich mehr zu bieten. Nun sind die Serben, wie alle Völker im Unglück, sehr mißtrauisch. Kein Volk hat in diesem Kriege annähernd so schauerlich gelitten wie sie. Auf dem Niesenkirchhof zwischen Donau und Adriaküste und Doiransee liegt ihre Jugend- und Manneskraft verdoort, und ihre Frauen und Kinder vernichtete der grausame Winter der albanischen Alpen während des Rückzuges von 1915 zu Jehntausenden. Weit über eine Million Serben sind seit Ende Juli 1914 zugrunde gegangen; von je vier Serben, die damals noch lebten, ganz gleich, ob Männern oder Frauen, Greisen oder Kindern, ist heute zum mindesten immer einer tot! Es ist ähnlich, als wenn seit Kriegsbeginn sieben Millionen Deutsche aus den Reihen der Lebenden gestrichen wären! Was Wunder, daß allen besonnenen Elementen des serbischen Volkes vor weiteren nutzlosen Opfern graut, und daß jede Kleinigkeit in den serbischen Reihen den Verdacht wachruft, Land und Volk solle von der Entente preisgegeben werden! So hielten sich die Serben an der Salonikifront unlängst für verkauft und verraten, als eine unbedeutende englische Abteilung zurückgezogen und eingeschifft wurde.

Aber auch die leitenden Geschäftsführer der Entente in London ließen es lange Zeit sogar an den üblichen schönen Redensarten für die Serben fehlen, derart, daß eine Anzahl englischer Politiker sich deshalb in einem offenen Brief in der „Times“ mahndend und beschwörend an die Regierung wandte. Danach kamen allerdings die Redensarten im Unterhaus und auf einem englisch-serbischen Verbrüderungskonfett wieder beträchtlich in Fluß; aber wenn Lloyd George auch von der gänzlichen Wiederherstellung Serbiens als der ersten Friedensbedingung sprach, so ließ er doch kein Sterbenswörtlein über die sonstigen Ansprüche Paschitschs und der Seinen fallen, und von einer Unvereinbarkeit der serbischen und italienischen Interessen wollte er gar nichts wissen. Das Klang für Serbien nicht übermäßig tröstlich; aber neuerdings wird von einer serbisch-italienischen Verständigung geredet und von einer südslawisch-italienischen Verbrüderung geschwärmt. Sollte das Zugeständnis der Italiener an die Serben aber, wie sich aus manchen Pressstimmen vermuten läßt, nur aus einem Handelsweg an der Adria bestehen, so hätte Serbien kaum mehr erreicht, als es 1909 von Oesterreich-Ungarn und 1913 von der Londoner Mächtekonferenz erhalten sollte und konnte.

Aber so oder so: wenn das Unwahrscheinliche Ereignis wird und der Weltkrieg mit einem Sieg des Vierverbandes abschließt, gerade dann wird Serbien die schmerzliche Erfahrung machen, daß immer die schwachen Völker das Kleingeld sind, mit dem die Großen ihre Zehne bezahlen. Auch die Serben haben von einem Ausgleichsfrieden mehr zu hoffen als von einem Gewaltfrieden!

Der Sowjet fordert Diktatur des Proletariats.

Keine Koalition mit dem Bürgertum mehr.

Petersburg, 15. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In einer in der letzten Nacht in Petersburg zusammengetretenen Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde mit 279 gegen 115 Stimmen eine Entscheidung angenommen, in der es heißt:

Der Arbeiter- und Soldatenrat hält es für seine Pflicht zu erklären, daß in Zukunft nicht nur jede Nacht der Bourgeoisie und der Kadetten, deren Teilnahme an der Verschwörung Kornilows außer Frage steht, beseitigt werden muß, sondern daß auch

jede Volkst eine unverantwortliche Koalition endgültig aufzugeben ist,

um zu verhindern, daß der militärische Oberbefehl und die Regierungsgewalt wieder zum Herd einer gegenrevolutionären Verschwörung gemacht werden. Der A- und S-Rat ist der Ansicht, daß der alleinige Ausweg aus der gegenwärtigen unhaltbaren Lage die Schaffung einer Gewalt sein würde, die

aus Vertretern des revolutionären Proletariats und der Bauernschaft zusammengesetzt ist,

deren Tätigkeit auf folgenden Grundsätzen beruhen müßte:

1. Verkündung der demokratischen Republik; 2. sofortige Uebergabe aller Ländereien ohne Rückkaufrecht, die den Grundeigentümern gehören, an die Bauernauschüsse bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung; 3. Einführung einer Arbeiterkontrolle über die industrielle Produktion und über die Verteilung der Erzeugnisse, Verstaatlichung aller wichtigen Industriezweige, wie der Rapskornherzeugung, der metallurgischen Produktion und der Kohlenförderung, durchgreifende Besteuerung der großen Kapitalien und Vermögen, Einziehung der Kriegsgewinne, um das Land aus der wirtschaftlichen Desorganisation zu befreien; 4. Erklärung aller Geheimverträge für null und nichtig und sofortiger Beschluß eines allgemeinen demokratischen Friedens mit allen kriegführenden Ländern; 5. gleichzeitig sollen sofort folgende Maßnahmen angeordnet werden:

1. Aufhebung aller Unterdrückungen gegen die Arbeiterklassen und -Einrichtungen, Abschaffung der Todesstrafe an der Front, Wiederherstellung der absoluten Freiheit politischer Propaganda, und zwar für alle demokratischen und militärischen Organisationen, Entfernung aller gegenrevolutionären Elemente vom Armeekommando; 2. das Recht der örtlichen Verbände, Kommissare zu wählen; 3. Verkündung des Rechts der Nationen, über ihr politisches Leben zu bestimmen, d. h. volle Befreiung aller Völker Finnlands und der Ukraine; 4. Auflösung der Duma und des Reichstages sowie sofortige Zusammenberufung der verfassunggebenden Versammlung; 5. Abschaffung der Vorrechte der sozialen Klassen und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.

Stockholm, 16. September. (Eigener Drahtbericht des „Dornwärts“.) Der Beschluß der Petrograder Sowjets kompliziert die Lage der Regierung, da Kerenski, obwohl er gegenüber der reaktionären Verschwörung Anschluß nach links suchte, doch die Ergreifung der Macht durch die Sowjets verhindern wollte. Natürlich ist jedoch jene durch die Volkshewits und Martowisten vertretene Tendenz gerade durch die Verschwörung, in welche die bürgerlichen Parteien inklusive Kadetten verwickelt sind, ungebauer gestärkt worden. Daß die Schaukelpolitik der Regierung und ihrer rechts-menschenwischen Anhänger im Petrograder Proletariat jeglichen Einfluß eingebüßt hatte, zeigte sich im Anschließen der bolschewistischen und martowistischen Stimmen, das trotz des Leninwindels und trotz der Summassaker erfolgte, zeigte sich ferner in der Streichung Kerenski von der Kandidatenliste und dem Verzicht Tschcheidis auf eine Kandidatur bei der Stadtdumawahl. Der Petrograder Sowjetbeschluß läßt einen Konflikt mit der Regierung erwarten, welche vorläufig noch die Mehrheit des Zentralkomitees auf ihrer Seite hat, wo die Parole der nationalen Verteidigung vorherrscht. Jedenfalls rückt der Beschluß des Petrograder Sowjets die Friedensfrage wieder in den Mittelpunkt und gibt der proletarischen Aktion wieder den Sinn, welchen sie bei Ausbruch der Revolution hatte.

Der Beschluß wieder umgestoßen! Eine demokratische Konferenz bis spätestens 15. September.

Petersburg, 16. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die maximalistische Entscheidung, die der Arbeiter- und Soldatenrat gestern mit 279 Stimmen gegen 115 annahm, und die wir bereits telegraphisch mitgeteilt haben, erhielt diese Stimmenmehrheit nur infolge der Abwesenheit des größten Teiles der Soldaten-Abgeordneten in der Sitzung. Daher hat auch der in einer neuen, diesmal vollständigeren Sitzung vereinigte Arbeiter- und Soldatenrat mit überwältigender Stimmenmehrheit obengenannte maximalistische Entscheidung angenommen, die folgendermaßen lautet:

„Die tragische Situation des Landes macht es notwendig, daß die Verfassung und die revolutionäre Gewalt stark und frei von jedem Kompromiß mit den gegenrevolutionären bürgerlichen Elementen sei. Deshalb beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat:

1. Sobald als möglich eine allgemeine Versammlung der Vertreter der gesamten organisierten Demokratie einuberufen zur Lösung der Frage der Bildung einer Regierung, die fähig ist, das Land zu leiten. Bis zur Einberufung der erwähnten Versammlung bleibt die gegenwärtige Regierung an der Macht, indem sie in engem Verein mit der revolutionären Demokratie arbeitet, die aufgefördert wird, der Regierung ihren kraftkräftigen Beistand zu leisten.

2. Es ist notwendig, daß die Regierung, indem sie Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergreift, in engem Einvernehmen mit dem revolutionären Sicherheitsausschuß vorgeht.
3. Die demokratische Bevölkerungsklassen werden aufgefordert, geduldig die Entscheidungen der erwähnten demokratischen Versammlung abzuwarten und sich jeder willkürlichen und ungeschicklichen Handlung zu enthalten.“

Am Ende der Sitzung gab der Vorsitzende Tschcheidis bekannt, daß die erwähnte demokratische Konferenz in Petersburg spätestens am 15. September abgehalten werden wird.

Kornilow noch nicht verhaftet!

Petersburg, 15. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach Meldungen, die im Kriegsministerium eingelaufen sind, wird Generalstabschef Alexejew heute nachmittag im Hauptquartier eintreffen. Kerenski hat in Orscha, Smolensk und Witebsk liegenden Abteilungen der revolutionären Truppen, und zwar Infanterie, Kavallerie und Artillerie, die unter dem Befehl des Obersten Korotkow stehen, befohlen, sich zur Verstärkung der provisorischen Regierung treu gebliebenen Bestandteile der Garnison nach Mohilew zu begeben und die Verhaftung der Generale Kornilow und Luchomski sowie der anderen an der Verschwörung beteiligten Personen durchzuführen. Oberst Korotkow hat Weisung erhalten, bei der Verhaftung im Einvernehmen mit dem Untersuchungsausschuß,

dessen Vorsitzender der Marineattaché Chablowki ist, vorzugehen. Chablowki hat sich gleichfalls in das Hauptquartier begeben.

Danach stellt sich die gestrige Reuter-Meldung über die bereits erfolgte Verhaftung Kornilows als verfehlt heraus. Kornilow, der die gegen Petersburg vorrückenden Truppen nicht selbst kommandierte, scheint in seinem Stabsquartier noch über einen gewissen Anhang zu verfügen, der Kerenski nötig, mit aller Vorsicht bei der Unschädlichmachung seines Widersachers vorzugehen.

Petersburg, 15. September. Der Prozeß Suchomlinow, der infolge der Verschwörung Kornilows verhaftet worden war, ist heute wieder aufgenommen worden.

Konzessionen an Finnland.

Petersburg, 16. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die vorläufige Regierung hat einen Erlaß veröffentlicht, der dem finnischen Senat das Recht der endgültigen Regelung einer Reihe von Fragen zugestimmt, deren Lösung früher dem Großfürsten von Finnland zuhand und ohne Genehmigung des Landtages vollzogen wurde. Aus diesen Fragen ausgeschlossen sind Einberufung und Auflösung des Landtages, Erörterung des Staatshaushalts, Vornabingung von Verurteilungen, Ernennung des Generalgouverneurs und andere.

Stockholm.

Das Manifest des holländisch-skandinavischen Komitees.

Stockholm, 16. September. (Eig. Drahtbericht des „Dornwärts“.) Das Manifest des Komitees der Stockholmer Konferenz erklärt zunächst die Situation, wie sie sich nach der Rückkehr der russischen Delegierten aus den Ländern der westlichen Entente darstellt; es beginnt wörtlich:

„Das Komitee erklärt zunächst auf das Entschiedenste, daß der Plan, nach Stockholm eine internationale Sozialisten- und Arbeiterkonferenz einzuberufen, nicht aufgegeben ist und nicht aufgegeben wird. Hätte die englische und französische Delegation ihre Plätze erhalten, so hätte die Konferenz am 9. September stattgefunden. Sie wird stattfinden, sobald die Rohfrage geregelt ist und das Datum wird dann unverzüglich festgesetzt werden.“

Das Manifest weist auf die von den russischen Delegierten in England, Frankreich und Italien wahrgenommene Unabhängigkeit der Arbeiterklasse an die Idee von Stockholm hin und auf die in allen Schichten wachsende Bewegung für eine gemeinsame Aktion zugunsten eines gerechten, dauernden Friedens. Das Manifest fährt fort: „Eine brutale Vahverweigerung, die der offenbare Reflex einer wachsenden Reaktion ist, kann das Proletariat nicht aufhalten. Darum appellieren wir an die Arbeiter, Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, sich nicht das elementare Recht eines freien Meinungsäußerungs nehmen zu lassen.“

Die Kundgebung schildert weiter die gegnerischen Mächte. Die Gegner bemühen, um auf die Massen einzuwirken, sogar nicht existierende Dokumente. Überall mißbraucht man das Post- und Telegraphenmonopol, um unsere Erklärungen zurückzuhalten und zu fälschen. Diese Mächte seien aber mißglückt und der Wille der Arbeiterklasse bleibe unerschütterlich. Die Londoner Konferenz ergab eine Riesenschlacht für Stockholm. Ein Vergleich zwischen den Beschlüssen von Manchester, wo eine Dreiviertelmehrheit gegen Stockholm war, mit der Resolution von Glasgow, die das Stockholmer Prinzip sozuzogen ohne Gegner anerkannte, berechtigt das Komitee, sich zu dieser Entwicklung zu beglückwünschen. Das Manifest verweist auf den engen Zusammenhang des Schicksals von Stockholm mit dem der russischen Revolution, wobei ein Seitenhieb auf die Unklugen fällt, die durch ein bedauerliches Verhalten die Konterrevolution gestärkt hätten. Den russischen Genossen wird zugleich mit der Bewunderung ihrer Haltung der Wunsch ausgesprochen, sie mögen sich zur Verteidigung des revolutionären Kampfes einigen.

Das Manifest fährt fort: „Die Arbeiterklasse aller Länder wird sicherlich den Treibeibern der internationalen Reaktion Widerstand leisten, die schon den Bestrebungen der russischen Gegenrevolution Beifall klaischt. Wir sprechen zugleich die feste Hoffnung aus, daß die

Sozialisten Deutschlands und Oesterreichs

ihre Pflicht als Sozialisten erfüllen und gegen jedes Projekt und jede Taktik protestieren werden, welche versuchen sollte, die Revolution zu untergraben und Deutschland zu Mitschuldigen der Gegenrevolution zu machen. Die Stockholm anhängenden Parteien werden angesichts dieser Ereignisse begreifen, daß es unmöglich ist, im Augenblick auf das Telegramm der französischen Sozialistenpartei, die uns völlige Handlungsfreiheit ließ, und auf den Brief der sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs und Deutschlands, die auf der Festlegung eines endgültigen Datums bestanden, präzise Antwort zu geben. Das Komitee beschloß jedoch, seine Aktion ruhig und entschlossen fortzusetzen. Es wird bald die gesammelten Denkschriften, die von den angeschlossenen Parteien eingereicht sind, nebst einem Generalbericht publizieren, der ein objektives Exposé der von allen Organisationen erhabenen Fragen sein wird. Endlich beschloß das Komitee, falls die betreffenden Organisationen es wünschen, zu einer neuen Alliierten-Konferenz sowie zu jeder anderen von den angeschlossenen Parteien organisierten Konferenz einige Mitglieder zur Berichterstattung abzuordnen. Stockholm, sagt das Manifest, ist nur eine Etappe auf dem Marsche des internationalen Sozialismus. Die zusammenfassende Aktion des Proletariats wird ihre volle Wirkung erst dann ausüben, wenn die Konferenz ihr Aktionsprogramm entworfen hat. Sie wird nicht mit der Einstellung der Feindseligkeiten enden; sie wird vielleicht dann erst am meisten die Ereignisse überwinden und ihre eigene Lebenskraft und Entschlußkraft beweisen müssen. Der Gedanke von Stockholm eröffnet eine neue Ära im Kampfe des Proletariats gegen den Imperialismus durch Wiederherstellung einer zu gemeinsamen Aktionen fähigen internationalen Arbeiterklasse. Er will, daß dieser Krieg der letzte sei, er will die Staaten demokratisieren, neue Konflikte und Wirtschaftskriege verhüten, er will vor allem durch Rechtsgarantien und Schiedsgerichte eine friedliche und zu Lande und Wasser entwaffnete Welt, ein Europa der Demokratie und der wahrhaften Freiheit aufrichten. Inmitten des entsetzlichen Hasses verzichtet die Arbeiterklasse nicht auf ihr Ideal der menschlichen Verbrüderung! Wenn Ihr wollt, Genossen, wird die Konferenz bald stattfinden. Dazu genügt, daß die Parteien sich ihrer großen Verantwortung bewußt werden. Für ganze organisierte Proletariat bleibt es bei der Lösung: Auf nach Stockholm!

Das Manifest trägt die Unterschriften der Mitglieder des holländisch-skandinavischen Komitees und der russischen Delegierten sowie die von Gussmans und Panin als Sekretären.

Auf der Fahrt nach Stockholm festgehalten.

Wie Stockholmer „Socialdemokraten“ meldet, ist der bekannte rumänische Sozialistenführer Dr. Rakowski, der von Petersburg nach Stockholm fahren wollte, um an der dortigen Zimmerwalder-Konferenz teilzunehmen, von den russischen Behörden in Tornea aufgehalten worden.

Die Konferenz der Finanzinternationale.

London, 15. September. Amtlich wird erklärt, daß der britischen Regierung nichts von einer kürzlich in der Schweiz abgehaltenen internationalen Zusammenkunft von Finanzleuten bekannt ist. Es wurden an britische Untertanen keine Pässe für einen derartigen Zweck ausgeben, und die Regierung würde, wenn sich herausstellen sollte, daß britische Untertanen an einer solchen Besprechung teilgenommen haben, Maßregeln ergreifen, um die Schuldigen zu bestrafen.

Die neue Enthüllung Lanzings.

Das Mexiko-Telegramm.

Das gestern erwähnte Telegramm des deutschen Gesandten in Mexiko, das von Reuter veröffentlicht wurde, aber noch dieser Mitteilung in Berlin nicht bekannt ist, ist an den Reichskanzler gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Herr Holte Kronholm, der schwedische Gesandtschaftsträger, der hier eingetroffen ist, ist mit unserer Gesandtschaft in enge Verbindungen getreten. Er macht kein Hehl aus seinen Sympathien für Deutschland. Er ist hier der einzige Diplomat, durch den aus der Heimat Nachrichten zu erhalten sind und übermittelt werden können. Er hat sich bereit erklärt, diese Vermittlung zwischen der Gesandtschaft und Euer Exzellenz zu übernehmen. Hierdurch ist er gezwungen, stets persönlich nach dem Telegraphenamt zu gehen, oft mitten in der Nacht, um Depeschen aufzugeben. Er war früher in Peking und Tokio, zuletzt beim Generalkonsulat in Hamburg und erhielt bisher nur einen chinesischen Orden, keinen schwedischen. Ich gestatte mir daher, Euer Exzellenz zu bitten, Kronholm für die Verleihung des Kronenordens zweiter Klasse dem Kaiser vorzuschlagen. Um den Argwohn des Feindes nicht zu erregen, wäre es vielleicht gut, die Auszeichnung und Bekanntmachung der Auszeichnung bis nach dem Kriege aufzuschieben. Inzwischen könnten ja Kronholm und seine Regierung vertraulich von der Auszeichnung benachrichtigt werden. Ich wäre Euer Exzellenz sehr verbunden, wenn ich telegraphisch von der erfolgten Auszeichnung verständigt werden könnte. v. Eckardt.

Da Herr Kronholm seit Januar nicht mehr in Mexiko amtiert, muß die Depesche schon älteren Datums sein. Die feindliche Presse behauptet, die Tätigkeit der deutschen Gesandten in Amerika habe zum Teil darin bestanden, die Abfahrt neutraler Schiffe nach Europa zu melden und sie auf diese Weise in die Lorbadoröhre der deutschen U-Boote zu bringen. Hierin erblickt man die Neutralitätsverletzung, deren sich die Vertreter Schwedens durch die Vermittlung deutscher Depeschen schuldig gemacht haben sollen.

Osaka, 15. September. Den Vätern wird aus London gemeldet, Lord Robert Cecil habe in einem Pressegespräch gesagt, daß die Erklärung Schwedens Staunen erregt habe. Man könne vergessen zu haben, daß das schwedische Ministerium des Auswärtigen im Jahre 1915 England versprach, keine Telegramme mehr zu vermitteln.

Belgien.

In der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt Graf Rebenkow: Sollte es wahr sein, daß die deutsche Regierung die Freigabe Belgiens bereits beschlossen hätte, so wäre die Verfümmelung des Deutschen Reiches besiegelt und die Engländer hätten recht mit ihrem Worte gehabt, die Deutschen würden wohl Schlächten gewinnen, England aber den Krieg. In der Lösung des belgischen Problems liegt in der Tat die Zukunft des Deutschen Reiches eingeschlossen. Das ist in keiner Hinsicht eine Uebertreibung.

Vorläufig ist Bestimmtes hier noch nicht bekannt, aber es ist nötig, darauf aufmerksam zu machen, daß die Gerüchte eines derartigen deutschen Verzichts sich in letzter Zeit verdichten.

Alle Gegner eines Verzichts und Bankrottfriedens seien darauf aufmerksam gemacht, daß die deutsche Lebens- und Zukunftsfrage allem Anschein nach vor der Entscheidung steht und daß gerade diejenigen Kreise, welche mit finsterner Vorgehensweise die Geheimdiplomatie betreiben, alles tun, um diese Entscheidung so heimlich wie möglich sich vollziehen zu lassen.

Der Reichstagsbeschluss vom 10. Juli, dessen Ausführung die Wiederherstellung eines selbständigen Belgiens zur selbstverständlichen Folge haben muß, ist doch wahrlich kein Geheimnis. Wenn die Regierung im Sinne dieses Beschlusses handelt, dann dürfte Herr v. Bülowmann dem päpstlichen Nuntius in München bereits gesagt haben, daß Deutschland nicht daran denke, den Krieg so lange fortzusetzen, bis etwa die Gegner in die Vernichtung der belgischen Selbständigkeit notgedrungen einwilligten. In einer solchen Erklärung der deutschen Regierung würde gar keine Ueberraschung liegen, eine desto größere aber in der ihr entgegengelegten.

Polen.

„Rückhaltloser freier Anschluß an die Mittelmächte.“

In Warschau fand, W. L. B. zufolge, am Sonnabend eine Feier statt, bei der Prof. Mikulowski-Pomorski eine Dankrede hielt. Generalgouverneur v. Beseler antwortete mit einer Ansprache, in der er sagte, daß die beiden Kaiser „nach wie vor fest auf dem Boden der Erklärung vom 5. November 1916 stehen, daß sie beabsichtigen, einen freien und selbständigen polnischen Staat ins Leben zu rufen, allerdings unter ausdrücklicher Betonung des rückhaltlosen freien Anschlusses an die Mittelmächte.“

Nach einigen weiteren Sätzen sagte der Generalgouverneur:

Aber ich bitte, daß sowohl die hier anwesenden verehrten Herren wie alle diejenigen, welche an diesem großen Werke mitzuarbeiten brufen sind, sich bewußt bleiben mögen, daß Polen im Anschluß und unter der freundlichen Mithilfe und Führung der Mittelmächte seine Kraft aus sich selbst entwickeln soll, und suchen Sie all die vielen unersunden Einmisshungen, die von anderer Seite an Sie heranzutreten drohen, zurückzuweisen.

Man könnte danach Zweifel daran hegen, in welchem Umfang Polen nach dem Kriege in seiner auswärtigen Politik selbständig sein soll. Aber diese Zweifel werden durch eine kurze Erwägung behoben. Denn „die Mittelmächte“ sind ja selbst ein nur für die Kriegszeit geltender Begriff, nach dem Kriege werden Deutschland und Oesterreich-Ungarn wieder jedes ihre selbständige auswärtige Politik führen. Anschluß an die Mittelmächte kann dann sowohl Anschluß an Oesterreich wie Anschluß an Deutschland bedeuten. Wenn aber Polen in

seiner Anschlußnahme nach zwei Seiten frei ist, wird es nach allen Seiten frei sein.

Warschau, 16. September. Sonnabend abend begaben sich die beiderseitigen Regierungskommissare zur Uebergangskommission des Provisorischen Staatsrats und forderten diese im Auftrage beider Regierungen auf, Persönlichkeiten namhaft zu machen, welche den verbündeten Regierungen als Mitglieder des Regimentsrats vorzuschlagen wären. Der Vizekommissar dankte für die Aufforderung und erklärte, daß die Uebergangskommission in kürzester Frist ihre Vorschläge unterbreiten würde.

Japans Anteil am Krieg.

Petersburg, 14. September. Aus New York meldet die Petersburger Telegraphenagentur: Nach Telegrammen aus Washington beabsichtigt Japan bei der Beurteilung der Frage über seine stärkere Beteiligung am Kriege nicht irgendwelche besonderen Bedingungen zu stellen. Was Kiautschou anbelangt, ist Japan der Ansicht, daß diese Frage nicht Gegenstand von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten sein könne, sondern vor die Friedenskonferenz gehöre. Ueberhaupt betrachtet Japan die Frage, betreffend seine Absichten bezüglich Chinas als nicht diskutabel vor Beendigung des Krieges. Das gleiche gilt auch bezüglich des Schicksals der deutschen Inseln im Stillen Ozean, die Japan besetzt hält.

Die ungarische Wahlreform.

Nachdem das Abgeordnetenhaus die Debatte über das Regierungsprogramm beendet hat, wird sich das Haus bis Mitte Oktober vertagen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird Wahlrechtsminister Szász die Wahlrechtsvorlagen fertigstellen und dem Hause unterbreiten.

Kleine Kriegsnachrichten.

Gemischte Freude. Bern, 15. September. Evénement richtet an die Bevölkerung Frankreichs die Mahnung, die in Frankreich eintreffenden amerikanischen Truppen so gut und freundlich als möglich aufzunehmen. Gewiß werde die Ankunft der amerikanischen Truppen eine noch größere Verteuerung der Lebensmittel zur Folge haben, da nicht alle Lebensmittel für die Armee aus Amerika beschafft werden könnten. Um aufsteigende Bestimmungen zu bekämpfen, solle man in Frankreich daran denken, daß die Lebensmittelsteuer sich mit der Befreiung der allen Jahresklassen bezahlt mache. Zudem würden die Amerikaner in unerschöpflicher Menge kommen und den Endsieg bringen.

Militärische Theorie des Verständigungsfriedens.

Die dritte Möglichkeit.

Die „Korb. Allg. Ztg.“ veröffentlicht einen Aufsatz von Oberleutnant Budde: „Die dritte Möglichkeit“, in dem ausgeführt wird, daß der Krieg nicht als beendet gelten könne, solange nicht der Kriegswille der Gegner bezwungen sei. Dann heißt es wörtlich weiter:

„So müßte denn das Abbringen der Kräfte, der Vernichtungskampf nach dem ehernen Gesetz des Krieges bei den noch vorhandenen gewaltigen Nachmitteln auf beiden Seiten unabsehbar weitergehen, bis unsere Gegner „wehlos gemacht oder noch Wahrscheinlichkeit mit diesem Zustande bedroht“ sind.

Gibt es etwa noch einen dritten, kürzeren und weniger opfervollen Weg, um den Kriegswillen des Gegners zu brechen? Allerdings! Wenn der Gegner in eine Lage versetzt würde, daß auch für ihn das Kriegsmotiv entfiel! „Es sind zwei Dinge“, meint Clausewitz, „welche in der Wirklichkeit als Motive zum Frieden an die Stelle der Unfähigkeit zum ferneren Widerstand treten können. Das erste ist die Unwahrscheinlichkeit, das zweite ein zu großer Preis des Erfolges.“ Wenn es daher gelänge, den Gegner von unserer Unüberwindlichkeit zu überzeugen oder zu einem solchen Kraftaufwand zu veranlassen, daß „der Wert des politischen Zweckes ihm nicht mehr das Gleichgewicht halten“ kann, so müßte er auf die Erreichung seiner Kriegsziele verzichten und sich zum Frieden bereit finden, was schon einen Sieg unserer Sache bedeuten würde.

Aber auch eine solche Wendung im Verlauf des Krieges werden wir nur durch einen unerschütterlichen Siegeswillen und durch den entschlossenen Einsatz aller Kampfmittel zu Lande und zur See herbeiführen können.

Die Alldeutschen haben eine umfassende Aufklärung des Volkes durch die Regierungspressen gewünscht. Mit der Art der Aufklärung, wie sie in dem zitierten Artikel betrieben wird, können wir uns aber im wesentlichen einverstanden erklären.

Die rheinischen Industriellen gegen „Kommunismus“.

Aus Köln wird berichtet: In einer vertraulichen Besprechung rheinischer Vertreter von Industrie und Handel, die auf Veranlassung der Vereinigung zur Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland gestern hier stattfand, wurde die Frage der Uebergangswirtschaft in ihrer Wirkung auf unser Wirtschaftsleben eingehend erörtert und folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die Versammlung bekennt sich einmütig zur freien, freien Wirtschaftsdemokratie, der allein Deutschlands Wirtschaftsaufschwung in der Vergangenheit zu danken war und die auch allein eine glückliche Wirtschaftszukunft unserem Volke verbürgen kann. Sie spricht sich darum mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch aus, zur kommunistischen Wirtschaftsform überzugehen, die sich während des Krieges in ihrer staatssozialistischen Wirkung als unbrauchbar oder schädlich erwiesen hat. Zur Ueberleitung von der freien und privaten Friedenswirtschaft hält sie die Uebergangswirtschaft nur dann für segensreich, wenn ihre Tätigkeit sich nach dem Ziele bewegt, sobald als möglich für unser Wirtschaftsleben überflüssig zu werden. Die Versammlung warnt aber nachdrücklich davor, für die Friedenswirtschaft Monopole oder Zwangsmonopole zu schaffen, die als die größte Gefahr unserer Volkswirtschaft und Weltwirtschaft angesehen werden müssen und dem Tüchtigen die freie Bahn verschließen. Lohnende Arbeit für unsere Arbeitermassen und ein steuerkräftiger wirtschaftlicher Mittelstand werden nur dann gesichert erscheinen, wenn der Aufbau unserer Wirtschaftslebens nach dem Kriege sich unter der Möglichkeit freier Entfaltung aller Kräfte und Fähigkeiten in Industrie und Handel vollzieht.“

Die große Gefahr, von der die rheinischen Industriellen reden, besteht in Wirklichkeit nicht für die Volks- und Weltwirtschaft, sondern ganz allein für ihre kapitalistischen Gewinne. Wir sind gewiß nicht mit allen Erscheinungen unserer Kriegswirtschaft zufrieden; aber ihre Mängel beruhen nicht so auf ihrem sozialistischen Charakter, sondern darauf, daß die Kriegswirtschaft einmal gerade in den entscheidenden Punkten den Schritt zum Sozialismus gemacht hat, und sobald auf der weiteren Tatsache, daß sie der bis dahin fast unumschränkt geltenden privatkapitalistischen Wirtschaft zum Teil ganz übergangslos und ohne die nötigen Vorbereitungen aufgepfropft werden mußte. Jedenfalls sind die Schäden der „freiheitlichen Wirtschaftsordnung“ während des Krieges viel schärfer zutage getreten; man braucht nur an den ungeheuren Wucher zu denken, der fast mit allen von der Kriegswirtschaft freigelassenen Waren getrieben worden ist. Viele Uebelerscheinungen, welche die Verfechter des Privatkapitalismus dem Kriegsozialismus zur Last legen, sind einfache Folgeerscheinungen der allgemeinen Warenknappheit. Diese Missetände wären aber noch viel schärfer zutage getreten, wenn man dem freien Handel und der privaten Wirtschaft freie Hand gelassen hätte. Dem Volk ist der Kriegsozialistische Vorkriegsstand, wo man zwar sehr abgeteilt, aber verhältnismäßig noch billiges Brot kaufen konnte, immer noch zehnmal lieber als der privatkapitalistische Vorkriegsstand nebenan, wo sich der Proletariat für 100 Mark das Stück oder geräucherten Fisch zu 12 Mark das Pfund — im Schaufenster besehen kann.

Der Nachfolger Schiffer im Reichstag. Die Vertreterversammlung der Nationalliberalen Partei des Reichstagswahlkreises Neuhaldensleben-Bolmstedt stellte an Stelle des bisherigen Vertreters Ministerialdirektors Schiffer den Gymnasialdirektor Trittel-Neuhaldensleben als Kandidaten auf.

Das erste Volkskonzert der Freien Volksbühnen.

Der zu Beethoven! Keine Kulturmutter der Welt — außer der deutschen — hat seinesgleichen. Keinem Volke steht er näher, ist er welkenverwandter, tiefer ins Herz gewachsen, als dem unsern. Wenn sie, dann offenbarte sich die Macht seiner Töne gerade während dieses Krieges mit stetig zunehmender Intensität. In Scharen wallfahrtet das Volk, speziell das Volk der schweligen Hände, zu ihm hin. Sein Klang gestirbt, der leer geblieben sein mochte.

In diesem Zusammenhang hat denn auch Professor Adolf Weismann in seiner „Einführung“ in das erste und die kommenden Konzerte das Verhältnis Beethovens zu uns in Gegenwart und Zukunft mit trefflichen Worten gedeutet. Und voll tiefer Erkenntnis sozial-künstlerischer Aufgaben und Ziele, von denen wir geleitet sind, hat die bewährte Rufstabsstelle des Verbandes der beiden Volksbühnen dieses Programm gegeben. Keinerlei auf launische „Genieher“-Büchse rüchstichtige „Anwechslung“, sondern innerliche Konsequenz hieß drei Werke wählen, die den sich anfühlenden Kraft- und Siegeswillen Beethovens zur Klarheit bringen.

Oft schon hörten wir die Remoren-Ouverture Nr. 8, sowohl im Opernhaus als im Konzertsaal. Und es ist so selbstverständlich, daß die ganze Handlung der Oper, die diese Tragik aber auch den unermesslichen Jubel zwei befreiter Seelen umfassender Wert um so mächtiger ergreift, je vollendeter es gespielt wird, und daß wir freilich es auch nicht mehr anders als in jener Vollendung haben wollen, die beispielsweise das Philharmonische Orchester unter Leo Blech zu bieten vermag.

Im dritten Konzert für Klavier und Orchester blühen alle zwischen fabelhaften Soloturgetante eingestreuten Hergensoffenbarungen Beethovens im Vergleich unter den Händen Arur Schnabels in wunderbarer Herrlichkeit auf. Es war reinste Poesie, die da aus den Metallaitenrahmen hervorquoll — dank ihrem meisterlichen Interpreten.

Die zweite Symphonie Opus 36 (D-dur) läßt namentlich im Larghetto fast ausschließlich Streich- und Holzblasinstrumente aus Beethovens unerschütterlicher Seele sprechen, während die beiden Schlussätze eine geradezu geniale Lust ausströmen. Auch hier war höchste orchestrale Spielleistung am Werk und löste stürmischen Jubel aus.

Letzte Nachrichten.

Die Proklamation der russischen Republik.

Petersburg, 16. September. (Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die vorläufige Regierung erließ folgende amtliche Kundgebung: „Die Rebellion des Generals Kornilow ist unterdrückt, aber die Verwirrung, die sie in die Reihen der Armee und in das Land getragen hat, ist groß. Von neuem bedroht eine tödliche Gefahr das Vaterland und seine Freiheit. In der Erwägung, daß es notwendig ist, die politische Regierungsform des Landes festzulegen, und in Anrechnung der einmütigen und begeisterten Sympathie für den republikanischen Gedanken, die so klar auf der Moskauer Staatskonferenz zum Ausdruck kam, erklärt die vorläufige Regierung, daß die politische Regierungsform Russlands die republikanische ist, und proklamiert Russland als republikanischen Staat. Die dringende Notwendigkeit, entscheidende Maßnahmen ohne Verzug zu ergreifen, um die erschütterte Staatsordnung wiederherzustellen, bewog die vorläufige Regierung, ihre gesamte Macht fünf Ministern mit einem Präsidenten des Ministerrats an der Spitze, zu übertragen. Die vorläufige Regierung setzt sich als Hauptaufgaben die Wiederherstellung der Ordnung im Staate und die Erneuerung der Kampffähigkeit der Armee. In der Ueberzeugung, daß nur die Zusammenfassung aller lebendigen Kräfte des Landes das Vaterland aus der peinlichen Lage zu ziehen vermag, in der es sich befindet, wird die Regierung bestrbt sein, sich zu veranständigen, indem sie in ihre Reihen Vertreter aller der Elemente ziehe, die die ewigen und allgemeinen Interessen des Vaterlandes über die zufälligen Privat-, Partei- oder Standesinteressen setzen. Die vorläufige Regierung ist sich dessen gewiß, daß es ihr in allernächster Zeit gelingen wird, diese ihre Aufgabe vollkommen durchzuführen.“

Die 50jährigen von der Front!

Wien, 15. September. Der Kriegsminister hat verfügt, daß die Mannschaften der Geburtsjahrgänge 1867 und 1868 ohne Unterschied ihres Tauglichkeitsgrades von nun an nur im Hinterlande zu verbleiben sind.

Das Rätsel der Mexiko-Telegramme.

Mexiko, 15. September. Reutermeldung. Der deutsche Gesandte in Mexiko, v. Eckardt, hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er alles ableugnet, was mit dem Washingtoner Enthüllungen in Verbindung steht, wonach er den früheren schwedischen Gesandtschaftsträger dazu verwandt habe, um Nachrichten nach Berlin zu schicken. Er erklärte, er habe niemals eine Mitteilung durch Kronholm gesandt und niemals Kronholm in einem Briefe für eine Ordenauszeichnung vorgeschlagen. Als darauf hingewiesen wurde, Washington habe ausreichende Beweise, erklärte er nur, daß sei eine „amerikanische Intrige“.

Groß-Berlin

Maßnahmen für bessere Kohlenversorgung.

Berlin, 16. September. Das „Kriegsamt“ bringt folgenden Artikel:

Die vielfach bestehende Beunruhigung der Bevölkerung über die Aussichten der Hausbrandbelieferung veranlaßt uns zu dem Hinweis, daß seitens des Reichskommissariats für die Kohlenverteilung wie auch aller beteiligten Stellen die Hausbrandbelieferung als eine der allerwichtigsten Aufgaben in der gegenwärtigen Kriegslage voll gewürdigt wird. Dementsprechend sind erstmalig für August beträchtliche Kohlenlieferungen für diesen Zweck vor allen anderen dringlichen Lieferungen angeordnet worden. Für September ist die Maßnahme wiederholt und die Rente erhöht; dabei ist der Notlage einer Reihe von großen Städten durch Festsetzung verstärkter Lieferungen besonders Rechnung getragen worden. Diese Zuweisungen machen sich bereits fühlbar und werden ohne Zweifel auch in den kommenden Wochen das Vertrauen der Bevölkerung in die behördliche Regelung der Hausbrandbelieferung stärken.

Der Reichskommissar für Kohlenverteilung.

Die Freireligiöse Gemeinde

Hatte gestern ihre diesjährige Herbst-Jugendweife. Wie seit Jahren, gab der stimmungsvolle Festsaal des Berliner Stadthauses den Rahmen für diese ernste Feier. An ihr beteiligten sich mit den Angehörigen und Verwandten der nun in die Gemeinschaft der Erwachsenen aufzunehmenden Kinder viele andere Mitglieder und Freunde der Gemeinde. Den 55 Knaben und Mädchen wies Bruno Willes gedankenreiche Weisertebe die Richtlinien für ihren Lebensweg mit der Mahnung: Erkenne Dich selbst und finde in Dir Dein besseres Selbst! Künstlerfertigkeit und Gefänge des Kinderchors trugen zur Verschönerung der Feier bei.

Die neuen Milcharten.

Durch Verschiebung der Altersgrenze tritt zum Teil eine Veränderung in der dem einzelnen Kinde zuzuschickenden Milchmenge ein, und zwar erhalten Kinder, die geboren sind in der Zeit a) vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1913 $\frac{1}{2}$ Liter Vollmilch, b) vom 1. Oktober 1913 bis 30. September 1915 $\frac{3}{4}$ Liter Vollmilch, und die c) vom 1. Oktober 1915 an geborenen Kinder bis auf weiteres ebenfalls nur $\frac{1}{2}$ Liter Vollmilch. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. September 1911 geboren sind, erhalten keine Vollmilch mehr, sondern Magermilch. Als Ausgleich der auf $\frac{1}{2}$ Liter herabgesetzten Milchmenge für die in der Zeit vom 1. Oktober an geborenen Kinder erhalten stillende Frauen eine „Sonderkarte für stillende Mütter“ über $\frac{1}{2}$ Liter als Ersatz.

Die Vollmilchkarten für Oktober kommen in den zur Zeitstelle Groß-Berlin (Milch) gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Die Inhaber von Vollmilchkarten haben die Oktoberkarten bis zum 26. September einschließlich dem Kleinbändler vorzulegen.

Den Kindern bis zum zweiten Lebensjahre und den Inhabern von Sonderkarten für stillende Mütter ist ein Vorzugsrecht bei der Anmeldung derart eingeräumt, daß bis zum 22. September einschließlich nur Meldungen auf diese Karten zulässig sind. Nach Ablauf dieser Anmeldezeit haben sich die übrigen Milchberechtigten, und zwar am 23., 24. und 25. September, anzumelden.

In Berlin sind die Vollmilchkarten für Oktober bis zum 20. September einschließlich von den Profkommissionen abzuholen. Die Karten für Kranke werden wie bisher von der Zentralstelle für Krankenernährung zugesandt. Der Nachweis, daß die Kinder gestillt werden, ist durch Bescheinigung eines Arztes oder der Fürsorgestellen zu erbringen. Es genügt auch der Nachweis der Berechtigung zum Empfang der Stillprämien.

Die Magermilchkarten für die Monate Oktober, November, Dezember kommen in den zur Zeitstelle Groß-Berlin (Milch) gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Eine Magermilchkarte erhält jeder Haushalt mit Kindern, welche in der Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1911 geboren sind. Jeder Haushalt erhält, auch wenn mehrere in dieser Zeit geborene Kinder vorhanden sind, nur eine Magermilchkarte. Die Magermilchkarten gelten bis zum 20. Dezember. Ummeldungen während der Gültigkeitsdauer der Karten finden nicht statt, soweit nicht die Ummeldungen infolge Wohnungswechsels erfolgen. Die Inhaber der Magermilchkarten haben die Karten bis zum 26. September (einschließlich) dem Milchbändler vorzulegen. Auf eine Magermilchkarte wird wöchentlich je 1 Liter Magermilch zum Preise von 30 Pf. bezirksweise, wie bisher, abgegeben. Der Milchbändler hat auf jede ihm vorgelegte Magermilchkarte zu vermerken, an welchem Wochentage der Kunde Magermilch bekommt.

In Berlin sind die Magermilchkarten für die Monate Oktober, November, Dezember bis spätestens 22. September (einschließlich) von den Profkommissionen abzuholen. Das Alter eines für den Bezug in Betracht kommenden Kindes ist durch Vorlegung einer amtlichen Urkunde nachzuweisen.

Brauereivertrag und Kundenschutz.

Von der Zusammenlegung gewerblicher Betriebe werden auch die Brauereien betroffen. Ein Ausschuß hat bereits eine Reihe von Bestimmungen hierzu ausgearbeitet, die gegenwärtig dem Bundesrat vorliegen. Diese Bestimmungen sehen u. a. einen dreijährigen Kundenzwang vor, d. h. für die Dauer von drei Jahren sind die dem betreffenden Brauereibetriebe zugeteilten Abnehmer an diesen Lieferanten gebunden. Die Gastwirte haben hiergegen schwere Bedenken; sie halten die Durchführung dieser Bestimmung, wobei der Kundenbestand vom 15. Januar 1915 zugrunde gelegt werden soll, für verfehlt und unmöglich. Viele Gastwirte haben ihren Lieferanten gewechselt, ihren ganzen Betrieb diesem Wechsel angepaßt und sind mit der neuen Brauerei sehr zufrieden. Nun sollen sie gezwungen sein, bei der Brauerei Bier zu beziehen, deren Kunden sie vorher, also am 15. Februar 1915 gewesen waren, müssen also wieder mit dem Lieferanten in Verbindung treten, mit dem sie nicht mehr zu tun haben wollen. Dieser Zustand wird von den Gastwirten als unhaltbar bezeichnet. Besonders würden unter dem Kundenzwang die kleinen und mittleren Brauereien zu leiden haben, deren Kundenschaft sich durch frühere Kunden der großen Brauereien vergrößert hat. Die neu gegründete Vereinigung der deutschen Wirtverbände beabsichtigt, gegen diese die Bewegungsfreiheit der Gastwirte erschwerende Maßnahme mit allen zulässigen Mitteln Widerspruch zu erheben.

Eine Urlaubsfahrsfabrik wurde von der Kriminalpolizei in der Rosenfelder Straße aufgespürt. Ein 22 Jahre alter Alfred Richter hatte sie dort bei einem Freunde eingerichtet. Richter ließ sich Vorzüge herstellen und verschickte mit den erforderlichen Stempeln und Unterschriften. Die Scheine lauteten u. a. dahin, daß ein kleiner Trupp, etwa ein Unteroffizier mit einem Gefreiten und 10 bis 12 Mann zu diesem oder jenem Zweck abkommandiert sei. Auf diese Scheine hin holte er für die Soldaten bei den Profkommissionen in Berlin, Schöneberg und Charlottenburg die Nahrungsmittelkarten, oder er ließ sie auch durch irgendeinen Freund besorgen. Die Karten verkaufte er dann gleich in ganzen Reichen, die Reiche zu 15 M. Seine Einnahmen aus diesem „Betriebe“ waren so hoch, daß der Fälscher mit seiner Geliebten ein sehr flottendes Leben führen konnte. Längere Beobachtungen der Kriminalpolizei führten gestern zur Entdeckung der Fabrik und zur Festnahme des Fälschers. Man fand bei Richter noch 167 falsche Scheine, von denen 40 bereits vollständig ausgefertigt waren, und einen schön ausgestatteten Stempelkasten.

Ein tödlicher Unfall auf der Untergrundbahn verursachte am Sonntag nachmittag große Aufregung. Auf dem Bahnhof Alexanderplatz wollte der dort angestellte Beamte Fr. Schmidt aus der Dunderstraße 7 nach eben erfolgter Ablösung einen abfahrenden Zug in der Richtung Schönhauser Allee besteigen. Er glitt aus, wurde mitgeschleift und dann zwischen Wagen und Tunnelwand gequetscht, bevor der Zug hielt. Da eine Befreiung aus dieser Lage unmöglich war, wurde die Feuerwehr alarmiert, die Sch. nur als zerstückelte Leiche bergen konnte. Der Verkehr war infolge des Unfalls auf der Strecke Alexanderplatz—Schönhauser-Allee längere Zeit unterbrochen.

Unzuverlässiger Kohlenhändler. Die Kohlenabteilung der Kriegsamtstelle in den Karten hat dem Kohlenhändler Karl Jurich, Pankow, Florstra. 12, wegen vielfacher grober Verstöße gegen die Verordnung vom 6. Juli 1917, betreffend die Regelung der Kohlenverteilung in Groß-Berlin, den Fortbetrieb des Handels mit Kohlen untersagt.

Kürbiserne zu sammeln bietet die Kürbiserne jetzt Gelegenheit. Amlich wird darauf hingewiesen, daß sie von hohem Wert für die Gewinnung von Öl und Ölsäuren sind. Die Obsternsammelstellen zahlen für das Kilogramm getrockneter Kürbiserne 15 Pfennig.

Sportpark Treptow. Ueber die Entscheidung im Großen Rennpreis von Berlin sind wir leider nicht in der Lage, heute zu berichten. Infolge starken Andrangs des Publikums zu dem gestrigen Rennen hielt man es für angemessen, unserm Berichterstatter den Presseplatz auf der Tribüne, den er seit Beginn der diesjährigen Rennsaison innehatte, aus rein geschäftlichen Gründen zu entziehen. Einen anderen nummerierten Tribünenplatz, den er angewiesen erhielt, mußte er kurze Zeit darauf ebenfalls wieder räumen. Das Urteil über dieses Verhalten der Bahnleitung überlassen wir unseren Lesern.

Spanbau. Lebensmittel. In der Woche vom 17. bis 23. September dürfen auf die Reichsfleischkarte entnommen werden: Auf Abschnitt 1 bis 8 der Vollkarte: 200 Gramm Schlachtwiehfleisch mit Knochen oder 160 Gramm Schlachtwiehfleisch ohne Knochen. Auf Abschnitt 1 bis 4 der Kinderkarte: 100 Gramm Schlachtwiehfleisch mit Knochen oder 80 Gramm Schlachtwiehfleisch ohne Knochen. In den durch Ausschlag fennlich gemachten Fleischverkaufsstellen darf außerdem entnommen werden: Auf Abschnitt 9 der Vollkarte: 50 Gramm Blut- oder Leberwurst. Auf Abschnitt 1 bis 10 der Vollkarte: 500 Gramm Wildpret. Auf Abschnitt 1 bis 5 der Kinderkarte: 250 Gramm Wildpret. Ein Anspruch auf Ueberweisung von Wildpret besteht nicht. Die Fleischverkaufsstellen sind vom Donnerstag, den 20. d. M., von 8 Uhr vormittags bis einschließlich Sonntag, den 23. d. M., geöffnet. Die Inhaber der Fleischverkaufsstellen haben die Abrechnung über die in der verfloffenen Woche erhaltenen Fleisch- und Wurstmengen unter Beifügung der abgetrennten Fleischmarken und Bezugsscheine sowie unter gewissenhafter Angabe der von der Vorwoche noch vorhandenen Fleisch- und Wurstbestände am Montag, den 24. September, bis spätestens 12 Uhr mittags, in der Fleischverteilungsstelle auf dem Schlachthofe abzugeben.

Kartoffel. Lebensmittel. Gemäß § 8 der Verordnung vom 5. April 1917 betreffend die Regelung des Verbrauchs und den Abzug von Kartoffeln wird hiermit für den Gemeindebezirk Nowawes folgendes bestimmt: In der Woche vom 17. September bis 23. September 1917 dürfen auf den Bodenabschnitt 58 der Kartoffelkarte zusammen nicht mehr als 7 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Soweit infolge Teilnahme an der Vollspeisung 3 Abschnitte der Kartoffelkarte abgetrennt werden, dürfen auf die restlichen 4 Abschnitte nicht mehr als 3 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Auf die Wochenreihe 58 der Kartoffelzusatzkarte dürfen nicht mehr als 3 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. — Vom Montag, den 17., bis Mittwoch, den 19. d. M., werden auf den Kartenabschnitt 4 der Lebensmittelkarte (rot) Oafersflocken ausgegeben. Auf den Kartenabschnitt 4 entfällt $\frac{1}{4}$ Pfund Oafersflocken zum Preise von 11 Pf. Die Ware ist gegen Abgabe der vom Kleinbändler ausgestellten Bescheinigung in der oben festgesetzten Zeit in Empfang zu nehmen. — Am Montag, den 17., findet auf den Kartenabschnitt 3 (rot) der Lebensmittelkarte der Verkauf von Deringen in Bräbe statt. Auf den Kartenabschnitt wird eine Dose zum Preise von 1,15 M. verkauft. — Auf den Kartenabschnitt 6 der Lebensmittelkarte findet die Ausgabe von Teigwaren statt.

Aus aller Welt.

Der kenntnisreiche Heimstrategie. Ein selbst für englische Verhältnisse ungewöhnliches Stück von „Kriegskritik“ leistet sich der „Student of War“ der „Liverpool Daily Post“ am 5. September: „Da Riga — so argumentiert dieser Sonderbare Strategie — im Winter mehr als 4 Monate für die Schifffahrt unbenutzbar ist, so müssen die Russen, falls ihnen nur noch ein Funke von Energie geblieben ist, alles daran setzen, wenigstens den großen Frostpunkt Libau zu behaupten. (Seit 7. Mai 1915 ist Libau in deutschen Händen. Red.) Dieser drittgrößte russische Donndelshafen ist im Winter nur wenige Tage zugefroren und kann vermittels von Eisbrechern das ganze Jahr offengehalten werden. Unser erster Gedanke bei Bekanntwerden der Nachricht vom Falle Riga war: Was wird jetzt aus den englischen Schiffen und U-Booten, die sich in der Ostsee befinden? Nun, solange Rußland imstande ist, Libau gegen die Deutschen zu halten, brauchen wir in dieser Hinsicht keinerlei Befürchtungen zu hegen. Das Beste, was uns passieren könnte, wäre, wenn die Deutschen die größte Armee zusammenrücken, die sie überhaupt aufstreiben können, und mit dieser den Vorwärtsschritt längs der Eisenbahnstrecke nach Petersburg anträten, möglicherweise unter gleichzeitiger Einleitung einer Diversion in südlicher Richtung gegen Libau (!) Wenn Gindenburg den Mut zu einem solchen Unternehmen aufzubringen vermag, so könnten wir zuversichtlich darauf zählen, daß sich im nächsten Frühjahr die Risse im Weipus-See an deutschen Leichen dick und rund freisen werden.“ — Noch schlechter würde es uns armen Deutschen ergehen, wenn dieser kenntnisreiche „Kriegsstudent“ selber den Oberbefehl über die russischen Heere übernahm!

Eisenbahnunglück in England. London, 15. September. (Melbung des Reuterschen Bureau.) Ein Zug der Vagereisenbahn in Yorkshire ist umgekehrt. Fünf Mann wurden getötet und ungefähr 100 verletzt.

Recrutement für Politik: Erik Rautner, Berlin; für den übrigen Teil des Flottes: Alfred Schatz, Rostock; für Inlater: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsbuchh. Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zentrale Berlin und Umgegend, Bezirk 12.
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitgl.
Hermann Schwoch
am 11. d. M. bei der Arbeit tödlich verunglückt ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Kirchhof der Gemeinde Britz statt. Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
Großes phantastisches Ballett auf dem Elso.
7 $\frac{1}{2}$ U. Vorzügl. Küche.

Rose-Theater.
Geschlossen.

Walhalla-Theater.
Geschlossen.

Velourhüte
direkt in der Hutfabrik
Invalidenstr. 38, Chausseestr.
Hüte werden umgepreßt.

Hautjucken
(Krätze) wirksames Spezialmittel
6 M. Dopp. Portionen (2 Pars.) 10 M.
Apoth. Lauensteins Versand, Spremberg L. 44.

Lombard-Haus
H. Gratz, Leipzigerstr. 75 11
Vollständige normale Beleuchtung
Diskretion, Reliabilität, Gelegentlichkeit.
Uhren, Brillanten, Schmucksachen
10-30% unt. Ladenpr.

Mein Gemüse!
Die Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft (Gesellschaft Berlin W 15, Pariser Straße 18 a) vergrößert ihre Pflanzungen auf das Doppelte und nimmt jetzt weitere Mitglieder mit Anteilen von
100 Mark
bis zu 2000 Mark als stille Teilnehmer auf. Kriegsanleihe wird zum vollen Nennwert in Zahlung genommen. Jedes Mitglied erhält Gemüse für den eigenen Bedarf. Das übrige wird an die Reichsgemüsegesellschaft verkauft. Der Reingewinn dient zur Verzinsung der Einlagen und wird als Dividende an die Mitglieder verteilt.
Näheres durch den Vorstand.

Erdarbeiter
sucht zur sofortigen Ausreise
Baumernennung, Lohn, Moll, München, Straße Berlin, Bernburger Straße 32 I.

Spezial-Arzt f. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute: a. d. Lützowstr., Sprechstunden während d. Sommers $\frac{1}{2}$ 5-7, 10 U. abends, Sonntags $\frac{1}{2}$ 11-1 Uhr. 48 S. starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschl. Kuvert.
Aufklärende Dr. med. Karl Reinhardt.

Zähne m. echt. Kautschuk 8,50 M. 5 Jahre Garantie. Zahntechn. m. Veränd. bei Bestellung u. Gebissen gratis. Goldkronen u. 20 M. an. Spez. Zähne ohne Gummempl. **Zahnpraxis Hatvani,** Danziger Straße 1, Ecke Schön. Allee.

B. H. G. Arbeiter, Boten, Kontorburschen, 1 Schlosser und 1 Chauffeur
für Postautomobil verlangt
Ballonhüllen-Gesellschaft
m. b. H., Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 52/54.

B. H. G. Frauen
Zwei zuverlässige
zum Schweinefüttern verlangt **Ballonhüllen-Gesellschaft m. b. H.,** Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 52/54.

Tüchtige Maschinenschlosser
stellt sofort ein
Loeb & Co. G. m. b. H., Automobil- und Flugmotorenfabrik, Berlin-Hohenschönhausen, Goethestraße

Erfahrener Schlosser oder Maschinenbauer
welcher auch an der Drehbank Bescheid weiß, gesucht.
Cigarettenfabrik Garbáty, 1872*
Pankow, Gadjlichstraße.

Tüchtige Spitzendreher
werden sofort eingestellt.
Loeb & Co., G. m. b. H., Automobil- und Flugmotorenfabrik, Berlin-Charlottenburg, Fritschestraße 27/28.

Tüchtiger Elektriker
für Drehstrom, welcher mit Aufzügen und Druckpumpen Bescheid weiß, zum baldigen Antritt gesucht.
Cigarettenfabrik Garbáty
Pankow, Gadjlichstraße. 1882*

Böttchergesellen
auf Radkasser. G. Struthoff, Charlottenburg, Salgauer 8.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn.

Automobilschlosser, Dreher, Hilfsarbeiter, Arbeitsburschen
werden sofort eingestellt.
Gebr. Wiczorek, Schiffbauerdamm 19.

Spezial-Arzt
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Ipezyron, Ralle, Ehrlich-Hata-Kuren, Jamerlose, kurzeste Behandlung ohne Berufsberatung. **Distanzberatung, Rik. Dreie.** Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonntag 11-1.

Fahrpersonal.
Kräftige, des Fahrens kundige Leute werden eingestellt. 435a* Meldungen im Kontor der Schultheiß-Brauerei H. G. Richterfelder Str. 11-17.

Einrichter
für Fräsmaschinen, Bohrwerkdreher, Revolverdreher und Dreher sucht
Titania-Werk, Berlin-Schöneberg, Genschlitz 5.
Zu melden beim Meister Rajert.

In Freien Stunden
Namens und Erklärungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 3.

Rester handlung
Becker, Seydelstr. 1, Spittelim. Billig viele Reste Herren-, Damen-, Futterstoffe, Seide, Sammet, Plüsch, Krimmer u. Astrachan Maßanfert. Arbeitelsh: Rücke 4-6 M., Jacken u. Mantel 10-12 M., Anzüge 30 M. Hose 7 M. Tadellos. Stiz garantiert, sonst kein Abnahmezwang. 531*